

**Noch nicht vom Beirat genehmigtes
Protokoll Nr. 21 (2023-2027)**

**der öffentlichen Hybrid-Sitzung (Zoom) des Beirats Schwachhausen am 22.05.2025 im
Focke Museum**

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:34 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|---|
| a) vom Beirat | Dr. Christine Börner
Dr. Dagmar Burgdorf
Jörg Findeisen
York Golinski
Jörg Henschen
Robert Lipphardt
Malte Lier
Ingeborg Mehser | Jan Brockmann (online)
Gudrun Eickelberg
Yvonne Funke
Jan Hannemann
Antje Hoffmann-Land (online)
Klaus-Peter Land (online)
Jörn H. Linnertz
Tim Ruland |
| b) vom Ortsamt | Ralf Möller
Stefan Freydank | |
| c) Gäste | zu TOP 2: Marion Skerra (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS)), Dr. Lorena Pethig (Landesamt für Denkmalpflege)
zu TOP 3: Vincent Möller (Senatorin für Umwelt, Klimaschutz und Wissenschaft (SUKW)) | |

Zunächst begrüßt Ralf Möller die Beiratsmitglieder und Gäste und stellt fest, dass der Beirat beschlussfähig ist. Daraufhin wird das Protokoll Nr. 20 der Beiratssitzung am 27.03.2025 genehmigt. Ralf Möller teilt mit, dass die CDU-Beiratsfraktion wenige Stunden vor Sitzungsbeginn einen Dringlichkeitsantrag „Öko-Kriminelle bekämpfen“ eingereicht habe. Die Vorlage wurde den Beiratsmitgliedern durch das Ortsamt weitergeleitet. Jörn H. Linnertz begründet den Hintergrund der Vorlage und bittet den Beirat darum, den Antrag zur Befassung in die Tagesordnung aufzunehmen. Nach kurzer Diskussion zum Verfahren lässt Ralf Möller, entsprechend § 2 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Beirats Schwachhausen, über die Erweiterung der Tagesordnung aufgrund von Dringlichkeit abstimmen. Der Erweiterung wird mehrheitlich mit 6 Ja-Stimmen (CDU, FDP), 4 Gegenstimmen (Grüne und SPD) und 6 Enthaltungen (Grüne, SPD, Die Linke) stattgegeben. Die vorgelegte Tagesordnung wird mit der Einreihung des Dringlichkeitsantrags als neuem TOP 5 entsprechend erweitert und anschließend bestätigt.

Tagesordnung

1. Bürger:innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten
2. Erhaltungssatzung Georg-Gröning-Straße
3. Hitzeaktionsplan
4. Stadtteilbudget: 30er-Zone Emmastraße
5. **neu:** Dringlichkeitsantrag der CDU-Beiratsfraktion „Öko-Kriminelle bekämpfen“
6. Verschiedenes

TOP 1: Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus dem Ortsamt

- Ralf Möller teilt mit, dass im Polizeirevier Schwachhausen ein neuer Leiter seinen Dienst im April angetreten habe. Marcus Modell ist auf der Beiratssitzung anwesend, stellt sich den Anwesenden kurz vor und wirbt für eine weiterhin gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Polizei, dem Ortsamt sowie dem Beirat Schwachhausen und seinen Fachausschussgremien.
- Weiterhin kündigt Ralf Möller den feierlichen Einweihungstermin zur Vorplatzbenennung des Focke-Museums in Jina Mahsa Amini-Platz für den 04. Juni um 11:30 Uhr an. Die Benennung hatte der Beirat in seiner Sitzung im Oktober 2024 auf Initiative einer Bürgerantragstellerin beschlossen.

Bürger:innenanträge, Mitteilungen, Anregungen aus der Bevölkerung

- Es werden keine Anliegen und/oder Bürgeranträge vorgebracht.

Mitteilungen der Beiratssprecherin

Gudrun Eickelberg berichtet kompakt von der letzten Beirätekonferenz am 14.05.25:

- U.a. sei hier der aktuelle Sachstand und der Ausblick zur „Integrierten Drogenhilfestrategie“ Bremens befasst worden. Die Situation stellt sich als schwierig dar. In 2024 sind in Bremen 30 tote Personen durch illegalen Drogenkonsum registriert worden. Problem sei u.a. auch der weiterhin zunehmende Konsum von Crack. Weiterhin fehlten Unterstützungsangebote zur medikamentösen Behandlung von Konsument:innen illegaler Drogen und speziell auch zur Unterstützung von Frauen.
- Weiterhin wurde das neue Verfahren zur Befassung mit Bauangelegenheiten durch die Beiräte vorgestellt. Daran gab es Kritik von Vertreter:innen der Beiräte.
- Ferner sei die digitale Ausstattung der einzelnen Beiräte behandelt worden. Diese sei innerhalb der Stadtgemeinde sehr unterschiedlich.

Mitteilungen aus dem Beirat

York Golinski weist darauf hin, dass seit dem 1. April die Straßen, die als temporäre Spielstraßen ausgewiesen sind, wieder als Spiel- und Begegnungsorte aller Generationen genutzt werden können und wirbt gegenüber den Beiratsmitgliedern dafür, die entsprechenden Straßen zu den ausgewiesenen Nutzungstagen bei Gelegenheit aufzusuchen.

TOP 2: Erhaltungssatzung Georg-Gröning-Straße

In den Wortbeiträgen einzelner Beiratsmitglieder begrüßen diese die Erstellung einer Erhaltungssatzung für das Areal - Georg-Gröning-Straße, Carl-Schurz-Straße, Wachmannstraße und Lürmanstraße. In diesem Zusammenhang wird gegenüber den Referentinnen u.a. angeregt, Informationsmaterial für die Anwohnenden durch SBMS zu erstellen, zu Dingen, die nach der Inkraftsetzung der Erhaltungssatzung zu beachten seien. Ferner sollten die in der Anwohnergerversammlung aufgeworfenen Fragestellungen zum Komplex energetische Sanierungsmaßnahmen an den Fassaden, Aufstellung von Wärmepumpen, Themen des Klimaschutzes etc. noch einmal geprüft werden. Weiterhin wird darum gebeten, bei der Prüfung etwaiger Anträge für bauliche Maßnahmen, im rückwärtigen Bereich der Gebäude und Grundstücke im geplanten Erhaltungsgebiet, einen größeren Ermessensspielraum im Interesse der Eigentümer:innen anzulegen. Beispielsweise sei bei der Erhaltungssatzung für das Barkhofviertel entsprechend verfahren worden.

Darauf und auf weitere Fragen geht Marion Skerra wie folgt ein:

- Mit dem Umgang zu den Themen Aufstellung von Wärmepumpen und energetischen Baumaßnahmen etc. werde sich noch einmal intensiver befasst werden. Der bereits in der

Anwohnerversammlung dargestellte Zielkonflikt werde sich aber wahrscheinlich nicht auflösen lassen, so Marion Skerra.

- Auch die Hinweise und Anregungen zum Prüfungsgang hinsichtlich baulicher Maßnahmen im rückwärtigen Bereich der Grundstücke und Gebäude werde sie mitnehmen.
- Weiterhin wird noch einmal bestätigt, dass nach Inkraftsetzung der Erhaltungssatzung **alle** - auch noch so kleine und kleinteilige bauliche Maßnahmen bzw. bauliche Veränderungsvorhaben - unter einem Genehmigungsvorbehalt stehen und jeweils als Einzelfallmaßnahme geprüft werden – u.a. auch der Austausch bzw. Erneuerung von Fenstern und deren Gestaltung.
- Eine weitere Bürgerbeteiligung vor Inkraftsetzung der Erhaltungssatzung, zusätzlich zu der jetzt durchgeführten Informationsveranstaltung für die Anwohner:innen, sei nicht vorgesehen. Im Verfahren zur Aufstellung einer Erhaltungssatzung sei eine Bürgerbeteiligung nicht verpflichtend vorgeschrieben.
- Zur Nachfrage warum nicht noch generell mehr Gebäudeensemble/ Straßenzüge unter Denkmalschutz gestellt werden würden wird geantwortet, dass die Denkmalschutzvorgaben bei baulichen Maßnahmen noch strenger geregelt seien, als die Vorgaben in Erhaltungsgebieten. Wie auf der Anwohnerversammlung angedeutet wurde, sei aber geplant, eine Reihe von Gebäuden unter Denkmalschutz zu stellen.
- Auf Nachfrage von Ralf Möller wird abschließend von Marion Skerra bestätigt, dass vor Beschlussfassung durch die Bürgerschaft geplant sei, die Begründung zur Erhaltungssatzung noch einmal dem Beirat zur Stellungnahme vorzulegen.

TOP 3 neu: Beiratsfraktion CDU – Dringlichkeitsantrag „Öko-Kriminelle bekämpfen“

Ralf Möller teilt mit, dass Vincent Möller, Referent für den Hitzeaktionsplan, vorgeschlagen habe, dass der entsprechende Tagesordnungspunkt nach hinten verschoben werden könne, um den Dringlichkeitsantrag der CDU-Beiratsfraktion zur Befassung vorzuziehen.

Auf Nachfrage von Ralf Möller ist der Beirat mit einer nochmaligen Änderung der bereits erweiterten Tagesordnung einverstanden. Die Befassung des Dringlichkeitsantrags der CDU-Beiratsfraktion wird anschließend vom Tagesordnungspunkt 5 auf den Tagesordnungspunkt 3 vorgezogen. Die weiteren Befassungsthemen rücken entsprechend nach hinten.

Jörn H. Linnertz begründet für die CDU-Beiratsfraktion die Einbringung des Dringlichkeitsantrags.¹ Dieser beziehe sich auf die Beschädigung von 30-40 SUV im Stadtteil in der Nacht vom 20./21.05.25. Dabei sei u.a. die Luft von Reifen abgelassen bzw. die Reifen zerstoßen worden. Politische Auseinandersetzungen zu unterschiedlichen Themen seien legitim. Zerstörung und Sachbeschädigung von Eigentum sei hierbei aber kein gerechtfertigtes und demokratisches Mittel.

Ralf Möller bittet Marcus Modell als Leiter des Polizeireviers Schwachhausen zum Sachverhalt Ausführungen zu geben. Er bestätigt, dass 30-40 SUV betroffen seien. Zum Tathergang und zu den Tätern könne derzeit nichts Konkretes gesagt werden. Der polizeiliche Staatsschutz habe die Ermittlungen übernommen.

Gudrun Eickelberg äußert, dass Sachbeschädigungen nicht gut seien. Diese aber täglich in Bremen vorkommen. Wahrscheinlich aber nicht in diesem Ausmaß und es tue ihr auch leid für die Eigentümer der Fahrzeuge. Es seien aber keine Reifen zerstoßen worden. Dies sei von der Polizei auch in den Medien bestätigt worden.² Ferner seien Aufkleber angebracht und Farbe auf Nummernschilder aufgetragen worden, die abwaschbar sei. Sie vermute vielmehr, dass es der CDU-Beiratsfraktion bei dem Antrag weniger um das eigentliche Tatgeschehen gehen würde als vielmehr um die politische Motivation bezogen auf die Klimaschutz- und Ökologiethematik. Weiterhin sei die Sprache und Wortwahl der Vorlage extrem. Zudem habe der Beirat von der Polizei und Justiz hinsichtlich der Ermittlungen und rechtlichen Würdigung bezogen auf die Verursacher nichts einzufordern. Beim vorliegenden Geschehen sei auch keine Gewalt angewendet worden. Es sei vielmehr schlimm, dass wahrscheinlich so etwas passiert ist oder

¹ Der Dringlichkeitsantrag ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

² Marcus Modell, anwesender Leiter des Polizeireviers Schwachhausen, bestätigt auf Nachfrage, dass derzeit keine zerstoßenen Reifen festgestellt worden seien.

passieren müsse, um auf bestimmte Themen aufmerksam zu machen und als ziviler Ungehorsam interpretiert werden könne. Sie sehe nicht, dass sich der Beirat damit befassen müsse. Gudrun Eickelberg betont zudem, dass sie für sich persönlich und nicht für die Partei B90/Die Grünen spreche.

Jörg Henschen äußert, dass ihm das Ziel, der Zweck und Adressat der Vorlage unklar sei und das Geschehen keine Befassungsaufgabe des Beirats wäre. Zudem müsse u.a. die Polizei nicht zum Handeln aufgefordert werden und auch die Sprache des Antrags sei überzogen und martialisch. Er werde dem Antrag nicht zustimmen.

Malte Lier lehnt ebenfalls Sachbeschädigung ab. Sieht den Inhalt und die Sprache der Vorlage als überzogen an und werde daher dem nicht zustimmen.

Dr. Dagmar Burgdorf äußert, dass es in den letzten Jahren bereits ähnlich gelagerte Fälle gegeben habe. Das Vorgehen der Verursacher sei sehr gefährlich. Protestbekundungen seien legitim aber nicht in dieser Form. Der Beirat sollte dazu Stellung beziehen. Dafür solle der Antragstext aber abgeändert werden.

Jörn H. Linnertz zeigt sich einverstanden den Antragstext abzuändern. Er habe aber kein Verständnis für die Äußerungen von Gudrun Eickelberg. Das Vorgehen sei kriminell und kein ziviler Ungehorsam. Sachbeschädigung egal welcher Zweck dahinter stehe, sei keine Bagatelle und nicht legitim. Jörg Findeisen, Dr. Christine Börner und Yvonne Funke schließen sich den Ausführungen an und ergänzen, dass es sich um kriminelles nicht akzeptables Verhalten gehandelt habe, welches verurteilt werden solle und welches Beschädigungen an den Fahrzeugen zur Folge gehabt habe und auch zu Unfällen hätte führen können.

Jan Hannemann sieht in den Äußerungen von Gudrun Eickelberg die Legitimierung von Straftaten. Selbstjustiz und Sachbeschädigungen seien generell abzulehnen. Zudem solle die Zionsgemeinde der Aktionsgruppe keine Treffräume mehr zur Verfügung stellen.

Jörg Henschen erwidert, dass Gudrun Eickelberg bei ihren Äußerungen die Sachbeschädigung der Fahrzeuge nicht befürwortet habe. Ferner könne der Beirat nicht bei jedem Vorfall jedes Mal Stellung beziehen. York Golinsky ergänzt, dass der Antrag nichts für den Stadtteil bewirken würde und die Debatte nicht zielführend sei.

Abschließend führt Jörn H. Linnertz aus, dass die Thematik Innere Sicherheit seiner Ansicht nach in die Zuständigkeit des Beirats falle und es hier thematisiert werden sollte.

Im Ergebnis der vorangegangenen Diskussion ändert die CDU-Beiratsfraktion den eingereichten Dringlichkeitsantrag ab. Der ursprüngliche Vorlagentitel wird gänzlich gestrichen und der Beschlusstext wie folgt geändert:

Die Serie von politisch motivierten Sachbeschädigungen in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai 2025 wird vom Beirat verurteilt. In mehreren Straßen von Schwachhausen, darunter Emmastraße, Altmannstraße und Thomas-Mann-Straße, wurden Reifen von geparkten Fahrzeugen zerstoßen oder deren Luft abgelassen. Der politische Zusammenhang wurde mit dem Hinweis „Diese Karre ist zu fett!“ und dem Bekenntschreiben eines „Widerstandskollektivs“ verdeutlicht.

Der Beirat verurteilt die Taten und die unbekanntenen Täterinnen und Täter ausdrücklich. Das Vorgehen ist verwerflich, weil Ziele nicht jedes Mittel rechtfertigen. Der Beirat begrüßt deshalb die Ermittlung von Polizei und Staatsschutz.

Abschließend lässt Ralf Möller über den geänderten Dringlichkeitsantrag abstimmen. Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen (CDU, FDP, SPD) und 9 Nein-Stimmen (Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke) abgelehnt.

TOP 4 neu: Hitzeaktionsplan

Vincent Möller stellt Aspekte des Klimawandels und die Inhalte des Hitzeaktionsplans Bremens mit Unterstützung einer umfangreichen Präsentation den Anwesenden vor.³ Einige ausgewählte Punkte und Themenschwerpunkte daraus nachfolgend:

³ Die Präsentation ist als **Anlage 2** dem Protokoll beigelegt.

- Die Klimawandel beschleunigt sich weiter. Seit Beginn der Aufzeichnungen 1881 habe sich die durchschnittliche Mitteltemperatur in Bremen bis heute um ca. 1,6 – 1,8 Grad erhöht.
- Die Anzahl der Sommertage (Tage ab 25 Grad) habe sich ebenfalls erhöht. Hitze- und Sommertage zögen sich zudem bis Ende September/Oktober hinein.
- In den letzten 7 Jahren gab es die 5 heißesten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen.
- Nach den Modellberechnungen wird davon ausgegangen, dass in den kommenden 20-30 Jahren die Durchschnittstemperaturen am Tage und in der Nacht in Bremen weiterhin leicht kontinuierlich ansteigen werde. Ab 2050 werde dann mit einem großen sprunghaften Anstieg, als Auswirkung des Klimawandels gerechnet. Dies bedeute dann u.a. Zunahme von Starkregensituationen und Hitzeperioden. Ab 2100 verschärft und verschlechtere sich die Situation noch einmal deutlich.
- Starke Hitze hat signifikante gesundheitliche Auswirkungen auf vulnerable Bevölkerungsgruppen. U.a. sei in der Vergangenheitsbetrachtung in Hitzejahren die Übersterblichkeit nachweisbar.
- Je stärker ein Gebiet verdichtet ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit des sogenannten Hitzeinseleffekts mit höheren und hohen Temperaturen im Vergleich zu Zonen mit einem großen Altbaumbestand, die Hitze abmildern.
- Inhalte des Hitzeaktionsplans (siehe Folien 17-23 der Präsentation): Der Hitzeaktionsplan umfasst 5 Hauptfelder mit einem entsprechenden Maßnahmenkatalog.
 - Strukturbildung: u.a. Einrichtung einer Koordinierungsstelle (für zunächst 3 Jahre gefördert durch landeseigene Fördermittel) angesiedelt beim Gesundheitsamt.
 - Risikokommunikation, Info und Sensibilisierung – u.a. hier vulnerable Gruppen im Fokus (Kleinkinder, Senioren, obdach- und wohnungslose Personen). Allgemeine Sensibilisierung, Informationsweitergabe, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für diverse Zielgruppen – insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich
 - Management von Akutereignissen
 - Klimaangepasste Stadtentwicklung
 - Monitoring und Evaluation

Im Anschluss an die Präsentation geht Vincent Möller auf Nachfragen und Statements von Mitgliedern des Beirats wie folgt ein:

- Großer und insbesondere alter Baumbestand sei ein wirksames Mittel Hitze zu minimieren. Kleingärtenzonen sind auch sinnvoll, minimieren aber weniger Hitze, da hier oft nur Rasenflächen, Strauchbewuchs und kleinere vereinzelte Bäume vorhanden seien.
- Ob mit einer (Gewerbe-)Bebauung der Horner Spitze negative klimatische Folgeerscheinungen verbunden seien, ließe sich nicht pauschal verifizieren, ohne die konkreten Bebauungsplanungen im Detail vor Ort betrachtet zu haben.
- In Betrachtung beispielsweise der gesundheitlichen Situation von Menschen in südeuropäischen Regionen könne davon ausgegangen werden, dass es eine gewisse Anpassungsfähigkeit an Hitze gibt bzw. sich darauf eingestellt werde – beispielsweise Aktivitätenreduzierung, Schließzeiten über die Mittagszeit, angepasstes Trinkverhalten und Verlagerung bestimmter Aktivitäten in die kühleren Abend- und Nachtstunden.
- Die Anlage von Rigolen zur Speicherung von Regenwasser sei sehr begrüßenswert und effektiv. Ralf Möller ergänzt dazu, dass dies insbesondere auch beim Schwammstadtprinzip zur Anwendung käme und einen guten Kühlungseffekt habe.
- Gut gewässerte Rasenflächen würden gegen Hitze helfen und haben auch eine wichtige Wasserspeicherfunktion.
- Jede begrünte, entsiegelte Fläche habe positive Effekte aber in der Regel nur direkt vor Ort im Umfeld. Daher würden, bezogen auf Bremen, verstärkte Grünbereiche im Außenbereich nur wenig Effekte auf stark versiegelte Innenstadtbereiche haben.
- Zur Nachfrage welche ggf. präventiven Maßnahmen neben den reaktiven Dingen des Hitzeaktionsplans zur Anwendung kommen würden äußert Vincent Möller, dass neben Dingen wie Flächenentsiegelungen und verstärkte Baumpflanzmaßnahmen besonders die Bewusstseinsbildung implementiert werden solle – Aufklärung über Risiken, Verhaltensänderungen, Aktivitätenverlagerungen im Rahmen des sozialen Lebens,

Sensibilisierung zu Risiken etc.. Insgesamt sei zu spät damit begonnen worden, das Thema Klimaschutz und entsprechende Maßnahmen auf die Agenda zu nehmen. Umso mehr müsse jetzt getan werden, dass die Szenarien nicht so eintreten, wie die in der Präsentation dargestellten Modellberechnungen aufzeigten. Bremen mache beim Klimaschutz bereits recht viel – Förderprogramme für Fassadenbegrünung und auch beim Schwammstadtprinzip. Insgesamt müsse Klimaschutz allerdings als ein globales, weltweites Thema betrachtet werden.

- Bezogen auf Schwachhausen wurde im Gremium geäußert, dass sich der Beirat zukünftig weiterhin und noch verstärkter für mehr Straßenbäume, Büsche auf Rasenflächen, die Aufhebung unnötiger Versiegelungen und für die Begrünung von Hausfassaden einsetzen solle.
- Vincent Möller sagt auf Nachfrage zu, noch mal dem Beirat über das Ortsamt weitere Informationen und links zum Hitzeaktionsplan zukommen zulassen

TOP 5 neu: Stadtteilbudget: 30er-Zone Emmastraße

Ralf Möller führt aus, dass sich der Fachausschuss „Verkehr und Sicherheit (FA VS) im Stadtteil“ auf seiner Sitzung mit einem Bürgerantrag befasst habe, welcher Vorschläge zum Inhalt hatte, wie in der Emmastraße die hier vorgeschriebene 30 km/h Höchstgeschwindigkeit besser verdeutlicht werden könne. Der FS beschloss daraufhin einstimmig, eine Kostenschätzung im Rahmen des Stadtteilbudgets vom Amt für Straßen und Verkehr (ASV) einholen zu lassen – zu:

- Anbringen von zwei Tempo-30-Piktogrammen in der Emmastraße an den Einmündungen Parkallee und Crüsemannallee;
- Versetzen der beiden Verkehrszeichen 274-30 („zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h“) in Richtung Parkallee und Crüsemannallee zur besseren Sichtbarkeit.

Das ASV teilte am 10.04.2025 mit, dass die benannten Maßnahmen inklusive der Kosten für die jeweilige Baustelleneinrichtung zusammen ca. 2.400,00 Euro brutto betragen würden.

Der Beirat beschließt einstimmig, die veranschlagten Mittel in Höhe von 2.400,00 Euro aus Stadtteilbudgetmitteln für die Maßnahmenumsetzung einzusetzen.

TOP 6 Verschiedenes

Ralf Möller verweist auf die folgenden Termine:

- Koordinierungsausschuss am 12.06.2025, 18 Uhr;
- Beiratssitzung am 26.06.2025, 19:30 Uhr, im Focke Museum.

Sprecherin	Vorsitzender	Protokoll
Gudrun Eickelberg	Ralf Möller	Stefan Freydank